

„Immer alles allein machen“

Der Vermittler im Schleyer-Entführungsfall, Anwalt Payot

Denis Payot verdankt seine Vermittler-Rolle im Fall Schleyer, die ihn „über Nacht weltberühmt“ (Schweizer „Blick“) machte, einem Irrtum der Entführer: In ihrem Brief an die Bundesregierung hatten die Erpresser verlangt, daß die freizulassenden BM-Häftlinge „von Payot, dem Generalsekretär der Internationalen Föderation für Menschenrechte bei der Uno“, begleitet werden.

Das „Kommando Siegfried Hauser RAF“ hoffte wohl, über einen Uno-Beamten die Weltorganisation bei dem Austausch einspannen und damit die These stützen zu können, daß die BM-Häftlinge wie Kriegsgefangene zu behandeln seien. Nur: Die Föderation ist keine Unterorganisation der Uno, Payot auch nicht mehr ihr Generalsekretär. Vielmehr ist Payot heute Präsident der „Schweizerischen Liga für Menschenrechte“.

Der 35jährige Jurist ist kein Staranwalt; sein Büro in Genf zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß es am Boulevard Georges-Favon liegt, im alten Uhrmacher-Quartier, wo Rousseau aufwuchs und Arbeiterführer 1873 zu einem Kongreß der ersten „Sozialistischen Internationalen“ zusammenkamen.

Die Bundesregierung hat Payot gebeten, „als lebender Briefkasten“ (Regierungssprecher Grünewald) zu fungieren, da er als Anwalt gewohnt sei, die Interessen anderer zu vertreten.

Was im Bonner Kanzleramt übersehen wurde: Payot machte die Interessen seiner Klienten oft weitgehend zum eigenen Anliegen — ob schon ihm dieses Engagement zumindest materiellen Nutzen kaum einbringt. Denn der Genfer Jurist streitet vorzugsweise in Strafsachen unter Armenrecht.

Im Juni vergangenen Jahres etwa legte er sich mit der Bundespolizei in Bern an, nachdem iranische Studenten Akten des persischen Geheimdienstes Savak aus dem Konsulat in Genf entwendet hatten und Gefahr liefen, nach Persien abgeschoben zu werden.

Sein Engagement wird von einem breiten Freundeskreis mitgetragen, der sich zum linken Flügel der Schweizer Sozialdemokraten rechnet, darunter auch der Genfer Soziologie-Professor Jean Ziegler.

Sie alle verstehen sich als „anti-imperialistisch“ und machen etwa

den „Ausbeuter-Kapitalismus für den Hunger in der Dritten Welt verantwortlich“ (Ziegler). Sie streiten aber auch für den Genfer Mieter- und Denkmalschutz — und engagieren sich im Namen der Menschenrechte gegen Terror und Gewalt.

Bereits als Student erschien Payot bei Kampagnen gegen die Verletzung von Menschenrechten „als übereifriger Idealist“, wie sich Mitkämpfer erinnern. Sie vermißten nur „Realitätssinn“.



Vermittler Payot
Telephondienst auf eigene Rechnung

Sein ans Fanatische grenzender Einsatz entspricht der calvinistischen Tradition, einem Milieu, in dem das humanistische Credo oft mit inhumaner Sturheit verfochten wurde.

Für nahezu inhuman hielten die Mitglieder der „Schweizerischen Liga für Menschenrechte“, einer Unterorganisation der Pariser „Internationalen Föderation“, etwa das einseitige Engagement ihres Mitstreiters Payot für Palästinenser und gegen Israel: Als ihn seine Genfer Freunde 1973 zum Sektionschef vorschlugen, wurde er nicht gewählt. Erst im folgenden Jahr, nachdem er Zurückhaltung versprochen hatte, wurde er Präsident.

Er kämpfte zusammen mit Ziegler für die Aufnahme chilenischer Emigranten. Ganz im Alleingang

unterstützte er auch die von Algerien ausgehaltene Freischärler-Bewegung „Polisario“ in der früheren spanischen Sahara gegen Marokko. Daß Algerien mit seiner Polisario-Hilfe expansionistische Ziele verfolgt, störte ihn nicht.

Ohne Wissen seines Vorstands veröffentlichte der Sektionspräsident vergangene Woche einen Bericht über das besetzte Westjordanien, dem zufolge in Lagern und Gefängnissen der Israelis brutal gefoltert werde — Payot hatte keines selber gesehen.

Vor allem Payots Eigenart, „immer alles allein machen zu wollen und die anderen nicht zu orientieren“, brachte oft Krach mit Mitarbeitern. So gab Payot auch das Generalsekretariat der „Internationalen Föderation für Menschenrechte“ in Paris nach Zwistigkeiten im Juni dieses Jahres ab.

Krach gab's schließlich, als der bundesdeutsche Uno-Botschafter in Genf, Carl-Werner Sanne, dem Anwalt am Freitag vorletzter Woche das Mandatsschreiben im Fall Schleyer überbrachte. Die Bonner waren nämlich einem Sprecher des Payot-Büros zufolge davon ausgegangen, sie könnten den Anwalt „für die Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt“ gewinnen.

Schon wurde die Montage einer Telephonzentrale angeboten und die Höhe des Honorars überlegt. Im übrigen sollte Payot nur als Bote fungieren und den Bonner Anweisungen strikt Folge leisten.

Der Schweizer lehnte ab. In einer Pressekonferenz gab er vom Schreiben aus Bonn Kenntnis und erklärte, bei der Entführungs-Affäre „ein absolut neutraler Vermittler“ zu sein, der von niemandem Verhaltensmaßregeln entgegennehmen werde. Noch am gleichen Abend organisierte Payot einen eigenen Telephondienst rund um die Uhr — auf eigene Rechnung.

Den Bonnern erscheint Payots „Neutralität“ zweifelhaft. Sie lasten ihm an, daß er auf Betreiben der Eltern von Gudrun Ensslin eine Schrift über die Haftbedingungen der BM-Häftlinge für die Menschenrechts-Kommission der Uno schrieb sowie die Petition eines französischen „Komitees gegen die Auslieferung von Rechtsanwalt Croissant an die Bundesrepublik“ unterzeichnete.